

Ich bin Hildegard Luttenberger, melde mich mit einer Anregung und wurde, nach dem Lesen vom §21 Einwohnerfragestunde im Kommunalbrevier unsicher, ob ich an der richtigen Stelle spreche. Denn dort fand ich: der Vorsitzende kann **Anregungen** unterbinden, wenn sie nicht den Bereich der örtlichen Verwaltung betreffen. Gleichzeitig lese ich an anderer Stelle „Räte sind Teil der kommunalen Selbstverwaltung“. All dies kann ich nicht richtig einordnen und traute mich nun – in diesem Advent – hier ans Mikrofon.

Denn es geht um Herbergssuche. Nicht vor 2018 Jahren - sondern ganz aktuell.

Ich spreche wegen besseren Voraussetzungen zur zeitnahen Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum** und vertrete dies leichter, da mit mir 70 % der Deutschen, im Sommer laut ARD-Deutschlandtrend fanden, dass dieses Thema zu wenig Raum in der politischen Diskussion einnehme.

Konkreter noch geht es um Wohnraum für Menschen die sich innerhalb der Einkommensgrenzen für einen **Wohnberechtigungsschein** befinden. 80% der RLP er - wie in einer Pressemitteilung aus der Stadtverwaltung im Herbst zu lesen war.

Zwischen diesen beiden Meldungen engagierte ich mich für die **soziale Wohnraumförderung** - am PC und vor Ort. Jetzt mag ich nicht mehr schreiben und Termine wahrnehmen, sondern an dieser Stelle, den in dieser Stadt Verantwortlichen, folgende Anregung für 2019 mitgeben:

Setzen Sie sich ab Januar 2019 für eine Erhöhung der Fördermietenstufe für Neuwied von 3 auf 4 ein!

Dies gelang von 4 auf 5 für Koblenz im Juni 2018.

Es ist also machbar!

Vielleicht entstehen dann - in beiden Förderstufen - die erhofften 20 % WBS-Wohnungen mit ISB Förderung am Rasselsteingelände und klar gerne auch schon woanders und früher. Denn wir benötigen zeitnah bezahlbaren und auch barrierefreien Wohnraum und auch Neues Wohnen in Versorgungssicherheit.

Dies entspräche dem demographischen und gesellschaftlichen Wandel. Die Begründung ist sicher noch vielfältiger, aber ich gehe davon aus, eine Abfrage bei Mieterbund, VdK und DGB, dem Senioren- und Behindertenbeirat, der Gleichstellungsbeauftragten, sowie der Liga käme zur gleichen Aussage.

Aber... gelernt habe ich auch, bei den geringen Einnahmemöglichkeiten von aktuell 5,10-€-m²-Miete in Neuwied - bei der Förderung für niedrige Einkommen - lässt sich kein Neubau errichten. Ein wesentlicher Aspekt zur Verbesserung wäre eben die Anpassung der Fördermietenstufe für Neuwied von aktuell 3 auf 4!

Nun meine Anregung noch einmal ganz konkret:

Finden Sie in möglichst parteiübergreifend Mandatsträger, die sich um die Erhöhung der Fördermietenstufe für Neuwied von aktuell 3 auf 4 kümmern. Engagieren Sie sich nachhaltig um das Anliegen im Finanzministerium!

Es braucht, auch für den sozialen Zusammenhalt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und es benötigt für die 80% der RLP'er mit Anspruch auf einen WBS vielfältige Bemühungen! Meist schweigen sie - manchmal auch aus Scham. Heute erhob ich für sie in Neuwied die Stimme.

Die Vertreter der Presse bitte ich um begleitende Berichterstattung rund um Mieter von WBS-Wohnungen - damit weitere diskriminierende Fragen, wie am 8. August zur Bebauung am Heddesdorfer Berg, überflüssig werden.

Und bedenken Sie: Ihr Einsatz könnte die zukünftige Herbergssuche von 80 % der Neuwieder begünstigen!

DANKE für Ihre Aufmerksamkeit

Hildegard Luttenberger, luttenberger@gewoNR.de, Tel. 02631 9449971 bzw. 0178 6883872
auch Vorsitzende von Gemeinschaftlich Wohnen Neuwied e.V. www.gewoNR.de